

// Im Blickpunkt

Im Focus der Sanierungstätigkeiten steht einmal mehr die Frage der Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen. Wie *Braun/Geist* offenlegen, besteht keine Planungssicherheit. Jahrelange Sanierungsbemühungen können rückwirkend durch ein BFH-Urteil durchkreuzt werden. Eine gesetzliche Klarstellung ist dringend geboten. Mehr Rechtssicherheit gewährleistet ein im Entwurf vorliegendes BMF-Schreiben zur Funktionsverlagerung. Dennoch besteht nach Auffassung von *Looks/Freudenberg* nach wie vor ein breiter Auslegungsspielraum. Leider hat die neue Bundesregierung diesen Punkt zwar in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen, nicht aber in den Entwurf des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.



Udo Eversloh, Ressortleiter Steuerrecht

Entscheidungen**BFH: Organschaft – Wirksamkeit eines Gewinnabführungsvertrags**

Der BFH hat durch Urteil vom 3.9.2009 – IV R 38/07 – entschieden: Das erste (Rumpf-)Wirtschaftsjahr einer GmbH beginnt bereits mit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit der GmbH. Im konkreten Fall ging es um eine GmbH, mit der eine Organschaft vereinbart werden sollte. Der Vertrag dazu sollte erstmals auf das Wirtschaftsjahr Anwendung finden, das mit der Eintragung der GmbH als Organgesellschaft beginnt. Es wurde nicht festgestellt, ob mit der Eintragung der GmbH in das Handelsregister ein neues (Rumpf-)Wirtschaftsjahr begonnen hat. Der BFH brauchte darüber nicht zu befinden, da eine Auslegung des Gewinnabführungsvertrags ergab, dass er auf das Wirtschaftsjahr anzuwenden ist, das schon vor der Eintragung der GmbH begonnen hatte.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2507-1 unter www.betriebs-berater.de

FG Sachsen-Anhalt: Dienstwagen: Widerlegung der Vermutung einer Privatnutzung

Das FG Sachsen-Anhalt hat durch Urteil vom 6.5.2009 – 2 K 442/02 – entschieden: Eine Besteuerung einer Privatnutzung eines auf den Gesellschafter einer GbR zugelassenen Fahrzeugs (hier: Porsche 911) kommt nur für den Teil des Jahres, in dem das Fahrzeug zugelassen war, und nur insoweit in Betracht, als dem Gesellschafter und seiner Ehefrau in dieser Zeit im Privatvermögen nicht in etwa gleichwertige Fahrzeuge für Privatfahrten zur Verfügung gestanden haben.

Verwaltungsanweisungen**BMF: Informationsaustausch in Steuersachen zwischen Deutschland und Luxemburg vereinbart**

Der Bundesminister der Finanzen, *Dr. Wolfgang Schäuble*, und sein Luxemburger Amtskollege

Luc Frieden haben sich am 5.11.2009 zu einem Gespräch in Berlin getroffen.

Sie einigten sich auf eine Anpassung des deutsch-luxemburgischen DBA an den OECD-Standard zum steuerlichen Informationsaustausch. Danach erteilen sich die Vertragsparteien auf Verlangen Auskünfte für Besteuerungszwecke. Das entsprechende Protokoll zur Änderung des DBA soll baldmöglichst in Luxemburg unterzeichnet werden.

(PM BMF vom 5.11.2009)

BMF: Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung 2010

Das BMF hat durch Schreiben vom 9.11.2009 – IV C 5 – S 2378/09/10004 – klargestellt, dass für die Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigungen 2010 grundsätzlich die Steueridentifikationsnummer des Arbeitnehmers zu verwenden ist. Zur Erleichterung kann der nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung authentifizierte Arbeitgeber die Identifikationsnummer des Arbeitnehmers beim BZSt erheben. Das wird allerdings erst ab April 2010 möglich sein. Bis zum 31.10.2010 kann der Arbeitgeber daher die eTIN (=elektronische Transfer-Identifikationsnummer) verwenden. Danach ist dies nur noch zulässig, wenn die steuerliche Identifikationsnummer des Arbeitnehmers aus bestimmten Gründen, die das BMF-Schreiben aufzählt, nicht vorliegt.

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2507-2 unter www.betriebs-berater.de

Ländererlasse: Lohnsteuerliche Vorteile aus unentgeltlich oder verbilligt gewährten Flügen

In gleichlautenden Erlassen der Länder vom 9.11. 2009 werden Vorgaben für die Bewertung der zum Arbeitslohn gehörenden Vorteile aus unentgeltlich oder verbilligt gewährten Flügen von Luftfahrtunternehmen bestimmt. Erfolgt

dies unter Beförderungsbedingungen, die auch für Betriebsfremde gelten, ist der Wert der Flüge nach § 8 Abs. 3 EStG zu bewerten, sofern die Lohnsteuer nicht pauschal erhoben wird. Sonst ist § 8 Abs. 2 EStG anzuwenden. Die Erlasse enthalten konkrete Durchschnittswerte in Euro je Flugkilometer.

Volltext des Erl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2507-3 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**Bundeskabinett: Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen**

Am 9.11.2009 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes beschlossen und setzt damit einen Teil der Koalitionsvereinbarungen um. Das Gesetz soll noch im laufenden Jahr in Kraft treten.

➔ *Dazu erscheint im BB Heft 48/09 ein Beitrag von Scheunemann.*

Bundesrat: Einrichtung Europäischer Finanzaufsichtsbehörden

Der Bundesrat hat auf seiner Sitzung am 6.11.2009 die geplante Einrichtung von drei neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden grundsätzlich begrüßt (BR-Drs. 736/98).

Bei den neuen Institutionen handelt es sich um die Bankenaufsichtsbehörde, die Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung sowie die Wertpapieraufsichtsbehörde. Diese Behörden sollen durch die Umbildung der bereits bestehenden entsprechenden Europäischen Ausschüsse geschaffen werden und Einrichtungen der Gemeinschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit sein.

Kritisch sieht der Bundesrat unter anderem die geplante Kompetenz der neuen Behörden, im Krisenfall direkte Weisungen an die nationalen Aufsichtsbehörden erteilen zu können.

(PM Bundesrat vom 6.11.2009)